



17.12.2015

101. Plenarsitzung, 17.12.2015, Top 1
Eilantrag der Piratenfraktion im Landtag NRW, [Drucksache 16/10470](#)

Das Klimaabkommen von Paris zwingt Nordrhein-Westfalen zum Handeln: Alle bisherigen Planungen müssen auf den Prüfstand, wenn die Landesregierung die vereinbarten Klimaschutzziele ernst nimmt.

Rede von Hanns-Jörg Rohwedder, Klimaschutzpolitischer Sprecher der Piratenfraktion im Landtag NRW

Es gilt das gesprochene Wort.

[Anrede]

In der Begründung für die Aktuelle Stunde steht, dass Nordrhein-Westfalen ein Drittel der deutschen Treibhausgase emittiert, dass deshalb das neue Pariser Klimaschutz-Abkommen auch Auswirkungen auf NRW haben wird und dass daher der Landtag sich zeitnah damit befassen muss, welche Bedeutung das für Nordrhein-Westfalen hat.

Ich will es Ihnen sagen: Dass die Regierung sich hier traute, einen Klimaschutzplan ohne Rechtsverbindlichkeit und ohne Einbindung in den LEP vorzulegen, und ansonsten nur eine Aktuelle Stunde mit wortkarger Begründung anzubieten hatte, zeigt wie sehr Sie bisher geschlafen haben.

Bis Sie auf unseren Eilantrag stießen und sich bemüßigt sahen, einen langatmigen Entschließungsantrag nachzuschieben. Da versuchen Sie vergeblich, das Hohe Lied vom Eigenlob in Sachen Klimaschutz zu singen. Das kommt aber erbärmlich leise krächzend rüber, wie eine zerkratzte Schallplatte, die mit 45 rpm aufgenommen und mit 33 abgespielt wird. Alles im Klimaschutzplan ist nur angebotsorientiert statt rechtsverbindlich. Ansonsten schieben Sie den schwarzen Kohlepeter weiter an den angeblich zuständigen Bund. Unsere relevante Kritik am Klimaschutzplan, nämlich die fehlende Verbindlichkeit und die mangelnde Einbindung in den LEP, können Sie auch mit dieser eingedickten Buchstabensuppe nicht übertünchen.

Braun- und Steinkohlekraftwerke spielen beim Klimaschutz in NRW gar keine Rolle, hallelujah, jedenfalls werden sie im Entschließungsantrag nicht erwähnt und der Hambacher Forst (Stichwort: Biodiversität) auch nicht. Was Konflikte birgt, gibt es nicht. Ganz fest die Augen zu, dann wird es im Kopf so schön dunkel wie in einem aufgelassenen PCB-verseuchten Steinkohlestollen und der Klimaschutz hat gewonnen.

Der Entschließungsantrag ist so überflüssig wie die fossile Energieproduktion, nichts Neues drin. Noch nicht mal, dass die SPD sowohl im Bund wie im Land mitregiert und so



allerlei längst auf den Weg hätte bringen können. Und sogar gebracht hat, zum Beispiel Klimaschutz durch HartzIV für längst abgeschriebene uralte Braunkohlekraftwerke.

Dazu passt auch, dass die grüne Kultusministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin keinen blassen Schimmer von der systematischen Indoktrination von Kindern durch RWE in Schulen hatte.

Soviel zu Ihrem Entschließungsantrag, dieser textgewordenen Peinlichkeit, und weiter zum Pariser Abkommen.

Wir haben nach Paris eine andere Situation.

Ab 2020 soll ein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag in Kraft treten, dessen Ziel die Begrenzung der Erwärmung auf zwei, bzw. sogar 1,5 Grad ist. Das bedeutet für NRW, der Ausstieg aus der Braunkohle muss terminiert werden, allerspätestens bis 2030. Am besten durch ein Gesetz, so wie wir es seit 2013 fordern.

Die bisher von der Landesregierung geplanten Maßnahmen taugen bestenfalls für ein 3-Grad-Ziel. Das muss die Regierung anerkennen und dementsprechend handeln: Beim Klimaschutzplan, beim LEP und vor allem muss sie die Leitentscheidung für die Braunkohle komplett überarbeiten. Sie muss berücksichtigen, dass die nationalen Maßnahmen zur Einhaltung der Ziele ab 2023 überprüft werden und deshalb darf sie keinesfalls für die Betreiber Rechtssicherheit über 2023 hinaus schaffen. Sie muss anerkennen, dass auch hier in NRW ab jetzt gilt, dass schon bald der Ausstieg aus der Kohle insgesamt, speziell aus der Braunkohle, schneller kommen muss, als bisher geplant.

Wenn jetzt für RWE die Sicherheit garantiert wird bis nach 2045 Braunkohle anbauen zu dürfen, dann wird einmal wieder der Steuerzahler zahlen müssen, wenn eine beschleunigter Ausstieg zu Schadenersatzansprüchen führt.

Aber nichts davon kommt aus der Landespolitik. Dass die Presse die mangelnden Reaktionen aus der Landespolitik auf das Abkommen monieren muss, ist ein Armutszeugnis nicht nur für die Regierung, sondern auch für die beiden anderen Oppositionsfraktionen. Enttäuschung und Schrecken müssen groß sein bei den vier anderen Fraktionen, dass international endlich mal wieder was Greifbares und Verbindliches herausgekommen ist.

Bei uns nicht, denn: Wir PIRATEN zeigen als einzige klare Kante seit unserem Einzug in den Landtag. Wir PIRATEN fordern ein Braunkohleausstiegsgesetz. Wir PIRATEN fordern ein rechtssicheres Frackingverbot. Wir PIRATEN fordern die Verkehrswende. Wir PIRATEN wehren uns gegen das Zerschlagen des EEG und der Energiewende. Wir PIRATEN kritisieren das Hartz-IV für alte abgeschriebene Braunkohlekraftwerke. Wir PIRATEN sagen Ihnen seit langem, dass Ihre Leitentscheidungen zur Braunkohle Makulatur sind. Wir PIRATEN fordern Vorsorge zu treffen für die absehbaren Pleiten der Kommunen, die Aktientäusche mit RWE und Konsorten durchgeführt haben und jetzt in der Falle sitzen. Und wir rennen hier im Landtag seit fast vier Jahren gegen eine Phalanx aus Dummheit, Ignoranz und durch Parteispenden wohlgepflegte politische Landschaften an.



Dennoch haben wir unseren Eilantrag absichtlich zurückhaltend formuliert. Sie können ihm ohne Gesichtsverlust zustimmen. Wir sind gespannt, ob Sie diese absichtlich niedrig gesetzte Hürde nehmen können.

Wir PIRATEN werden unabhängig davon den Klimaschutz weiterhin auch außerparlamentarisch unterstützen. Wir PIRATEN fordern weiterhin die lückenlose Aufklärung der Zusammenarbeit zwischen Polizei und RWE-Werksschutz und deren Angriffen auf Summerschool, Klimacamp und Ende Gelände sowie die Pressefreiheit in diesem Sommer. Wir PIRATEN werden uns an der kommenden De-Investitionskampagne beteiligen. Mit Münster als Beispiel wollen wir unseren Beitrag leisten, dass den Klimakillern der Geldhahn abgedreht wird.

Was schon andere große Investoren angekündigt haben, sollen Kommunen, Stadtwerke, Sparkassen auch durchführen: Ihr Kapital rausziehen aus den Fossilen, bevor es verbrannt ist, und sinnvoller investieren. Wer Energiewende und Klimaschutz will, verlässt sich in Deutschland besser nicht auf Parlamente und beeinflusste Parteipolitik alleine.

Und glauben Sie ja nicht, dass Paris ausreichend sei. Das ist erst der Anfang. Die IPCC-Expertin Tina Christensen vom DMI sagt, „das Pariser Abkommen alleine bringt die globale Temperatur im Jahre 2100 auf 3 bis 3,5 Grad über die vor-industrielle Temperatur. Das 2-Grad-Ziel ist eine Absichtserklärung, der weitere Initiativen mit großen Reduktionen folgen müssen.“

Wenn alle so handeln wie Sie, mit dem was Sie bisher vorgelegt haben, landen wir also bei 4 Grad oder mehr. Denn Paris ist noch gar nicht eingepflegt. Wir sind jetzt bei einem Grad und spüren die Folgen schon massiv. Ihre bisherige Politik als „Klimaschutz“ verkaufen zu wollen und zu glauben, eine Aktuelle Stunde inklusive schönmalerischer Selbstbeweihräucherung mit Ihrem famosen Entschließungsantrag helfen Ihnen aus der Bredouille, ist makabrer Zynismus.

Vielen Dank.

<http://www.dmi.dk/nyheder/arkiv/nyheder-2015/12/cop21-klodens-fremtid-er-sikret-de-naeste-15-aar/>

Download Eilantrag:

<http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument?typ=P&Id=MMD16/10470>